tanen Candidaten wird ganz unverkennbar neuerdings ein viel schärfer oppositioneller Ton angeschlagen, als es noch vor wenigen Monaten der Fall gewesen. In den großen Fragen, welche den nächsten Reichstag beschäftigen werden, Militairseptennat, Socialistengesetz, wird entschiedener Widerspruch seitens der Centrumspartei in Aussicht gestellt, in der Socialpolitik wird unausgesetzt der Besorgniß vor überhandnehmendem Staats-Socialismus, welchen das Centrum in jeder Stärkung der Staatsgewalt erblickt, Ausdruck gegeben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir in den wichtigsten Fragen der bevorstehenden Legislaturperiode das Centrum ebensogut in der Opposition erblicken werden wie die Deutschfreisinnigen. Uns kann es nur recht sein, wenn das Centrum seine radicale Seite wieder mehr hervorkehrt. Die politische Situation kann dadurch an Klarheit nur gewinnen, indem das Phantom, daß man diese Partei dauernd zur Stütze einer nationalen Reichspolitik brauchen könne, gründlich zerstört wird. Auch in conservativen Kreisen nimmt die Erkenntniß von dem wahren Wesen der clericalen Partei immer mehr zu; es ist nur noch ein kleiner, aber freilich einflußreicher Theil der äußersten Rechten, welcher von dem Gedanken des Zusammengehens mit dem Centrum nicht lassen kann. Allein es kann nicht ausbleiben, daß auch diesen Politikern die Augen mehr und mehr aufgehen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird die gegenwärtige Wahlbewegung der Ausgangspunct zu einer entscheidenden Veränderung in der parlamentarischen Stellung des Centrums und damit zu einer wesentlichen Verschiebung der Parteiconstellationen überhaupt werden. Die zwingenden Thatsachen werden endlich auch diejenigen conservativen Kreise fortreißen, welche in der „Kreuzzeitung" den Ausdruck ihrer Gesinnung und in dem Zusammengehen mit dem Centrum ihr politisches Ideal erblicken. Das „Deutsche Tageblatt" hat die Veränderung der Situation bereits begriffen. Es schreibt: „Seitens der nicht katholischen Conservativen wird es der Centrumsleitung nicht so bald vergessen werden, wie sie zu handeln für gut befunden. Und das ist denn auch ein Gewinn der Wahlbewegung."

* Ueber das Auftreten des ultramontan-„freisinnigen" Candidaten Mundel in Kreuznach und Sobernheim wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: „Sachlich war an den beiden Reden Mundel's bemerkenswerth das Bestreben, seine Partei als ganz harmlos hinzustellen. Kaum eine bestimmte Aeußerung über die wichtigsten Tagesfragen, Verschleierung der wahren Stellung der Fortschrittspartei zum Militairetat, zur Colonialfrage, zur socialen Gesetzgebung, Verschleierung des Hasses gegen den Reichskanzler, Verschleierung des Gelüstes nach Beeinträchtigung der Kronrechte und alleiniger Herrschaft des Fortschritts. Ueber die Heeresfrage, über die Colonialfrage schwieg sich Herr Mundel anfänglich sogar völlig aus. Erst auf Andrängen seiner Gegner hin sagte er, daß seine Partei durchaus nicht an der Heeresstärke rütteln, sondern nur hier und da sparen wolle, wo sich etwa noch sparen ließe, ferner daß Verminderung der Dienstzeit selbstredend (!) nur im Fall der Zustimmung der militairischen Autoritäten zulässig sei! Welches Gesicht wird aber Herr Eugen Richter machen, wenn er erfährt, daß Herr Mundel, diese Säule der Partei, in Sobernheim ausdrücklich erklärt hat, Richter verstehe von militairischen Dingen nichts!"

* In einer vom nationalliberalen Wahlverein einberufenen Wählerversammlung der vereinigten Kreise Saarburg-Merzig-Saarlouis wurde Oberbürgermeister Miquel in Frankfurt a. M. einstimmig zum Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt.

* Aus der neuen Ausgabe des Hof- und Staatshandbuches geht hervor, daß der Geh. Regierungsrath Dr. Julius v. Eckardt, der vor einigen Jahren aus Hamburg nach Berlin berufen und in der Abtheilung des Polizeipräsidiums für politische Polizei beschäftigt worden war, jetzt als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt versetzt wurde, außerdem ist Graf v. Tattenbach, früher Legationssecretair, bei der deutschen Gesandtschaft zu Peking, wo er durch den Legationssecretair Frhrn. v. Ketteler ersetzt wurde, als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt berufen.

* Immer wieder treten die verschiedenen polnischen Organe in Posen und Westpreußen mit der Forderung an die Behörden heran, daß diese die polnischen Vor- oder Taufnamen in allen amtlichen Documenten und sonstigen Schriftstücken in ihrer polnischen Form und Schreibweise unverändert beibehalten und nicht die entsprechenden deutschen Vornamen dafür gebrauchen. Zugleich richten die polnischen Blätter, namentlich der „Dziennik Poznański", an die Polen die dringende Aufforderung, streng darauf zu sehen und es nöthigenfalls ausdrücklich zu verlangen, daß bei den polnischen Orts- und anderen Eigennamen die eigenthümliche polnische Schreibweise deutscherseits auch in den Fällen unverändert beibehalten werde, in welchen es der deutschen Sprache an den entsprechenden polnischen Schriftzeichen fehlt. Diese Forderungen sind durchaus unbillig und unberechtigt. Den Polen fällt es gar nicht ein, deutsche Familien-, Tauf- und Ortsnamen in deutscher Schreibweise wiederzugeben, vielmehr haben sie bei diesen nach hergebrachter Sitte immer die polnische Schreibweise in Anwendung gebracht, so daß dadurch die deutschen Eigennamen häufig genug bis zur Unkenntlichkeit polonisirt wurden, besonders als noch der polnische Klerus ausschließlich die Geburtseinträge vorzunehmen hatte. Aus jener Zeit stammen die häufig genug vorkommenden Namen Szulc (Schulz), Myler (Müller), Chubs (Hübsch), Thc (Tietz), Can (Zahn), Szraiter (Schröder), Szuman (Schumann) u. s. f. Die Regierung geht selbstverständlich auf dergleichen polnische Forderungen nicht ein, sondern sorgt im Gegentheil dafür, daß die deutsche Sprache und die deutsche Schreibweise überall im Osten zur vollen Geltung kommen.

* Das 3. diesjährige Correspondenzblatt des „Allgemeinen deutschen Schulvereins zu Berlin", das soeben versendet wird, enthält als ersten größeren Artikel: „Die Lage des Deutschthums an der Adria" von Dr. Muppers, dem bekannten Frankfurter Arzte, der seit mehr als zehn Jahren auf das Schwinden des deutschen Elementes in einzelnen Gebieten Südtirols und im Sprachgebiete der Slowenen an der Adria aufmerksam gemacht hat und dessen Schrift: „Aus den Bergen an dem deutschen Sprachgebiete" die directe Veranlassung zur Errichtung des Wiener deutschen Schulvereins gab. Dr. Muppers (Loz) bespricht das Zurückweichen der deutschen Sprache im Süden Oesterreichs auf Grund eigener Anschauung und Untersuchung sowohl, wie auf Grund alter Urkunden, aus welchen hervorgeht, daß noch um das Jahr 1000 nicht unbedeutende Gebiete der Halbinsel Istrien, Krains, überhaupt des Küstenlandes deutsch waren. Betrübend ist es, zu vernehmen, daß auch heute noch, nachdem doch der deutsche Schulverein so wacker an fast allen bedrohten Puncten helfend eingegriffen hat, einzelne Puncte der deutschen Sprache verloren gehen, wie Harz und Suchen, weil die Macht und der Einfluß der slowenischen Geistlichkeit nicht gebrochen werden können. Der zweite Artikel führt uns „den Kampf gegen die Deutschen im Böhmerwald" vor Augen, der von dem ultranationalen Bischof Jirsckik in Budweis eingeleitet wurde und gegenwärtig von der fanatischen czechischen Geistlichkeit, von den czechischen Notaren und Beamten und den slawischen Großgrundbesitzern fortgesetzt wird. Die dritte Arbeit: „Das deutsche Volksthum in Südungarn" bespricht die Lage und die Zukunft der sogenannten „Schwaben", die in dem Banat, in der Batschka und in den Comitaten Tolna und Baranya in der Stärke von 800,000 Köpfen in ziemlich gut abgeschlossenen Sprachgebieten wohnen. Der sachkundige Verfasser faßt sein Urtheil über diese Deutschen dahin zusammen, daß sie, trotz aller äußeren und inneren Gefahren, noch schönen Tagen entgegen sehen dürfen und daß auch ihre geistigen Leistungen an Werth und Bedeutung mehr und mehr zunehmen werden. Ein recht interessanter Artikel: „Das Plattdeutsche in seiner Bedeutung für Erhaltung des Deutschthums im Auslande" rührt von Klaus Groth her. Der letzte der größeren Aufsätze ist den Vereinstagen der Siebenbürger Sachsen und der Erinnerungsfeier der 700jährigen Einwanderung der Deutschen in Siebenbürgen gewidmet. Aus den Vereinsnachrichten sei Folgendes hervorgehoben: In der Zeit vom 5. Mai bis 5. Juli wurden 1650 ℳ zu Unterstützungen verwandt: 400 ℳ erhielt die deutsche Schule zu Helsingfors in Finnland, 100 ℳ die deutsche Schule zu Maglaj in Bosnien, 150 ℳ eine deutsche Schule in Südtirol u. s. f. Neue Ortsgruppen bildeten sich in Quedlinburg, in Rudolstadt, an der Universität zu Straßburg und besonders im Königreiche Sachsen. Der sächsische Landesverband zählt jetzt bereits 31 constituirte Ortsgruppen, von denen die jüngsten die zu Zittau, Plauen, Königstein, Wolkenstein und Marienberg sind. Gleiche Zwecke, wie der Berliner Schulverein, verfolgt auch der in Würzburg entstandene Verein zum Schutze deutscher Interessen im Auslande, der deutsche Schulen in Böhmen und Galizien mit 480 ℳ unterstützte. Kleinere Mittheilungen des 3. Correspondenzblattes handeln über die deutsche Schule in Konstantinopel, die von 322 Schülern besucht wird und in eine achtclassige Töchterschule und eine siebenclassige Knabenschule zerfällt, über die deutschen Schulen in Belgrad und Maglaj (Bosnien) und über die plattdeutsche Bewegung in Amerika. Das 3. Correspondenzblatt umfaßt 52 Seiten und wird den Mitgliedern des deutschen Schulvereins gratis verabfolgt.

* * *

* In sehr sympathischer Weise äußern sich die tonangebenden Organe der österreichischen Presse über die vom Fürsten Bismarck im Einvernehmen mit Frankreich angeregte Berufung einer internationalen Conferenz zur Regelung der westafrikanischen Angelegenheiten. Obwohl österreichisch-ungarische Interessen in diesem Falle nicht unmittelbar mit in Frage stehen, erkennen jene Blätter rückhaltlos an, daß der Kanzler sich nicht Deutschland allein, sondern die Gesammtheit der civilisirten, Handel treibenden Mächte durch diesen Vorschlag zu Dank verpflichtet habe. Das dem Wiener Auswärtigen Amte nahestehende „Fremden-Blatt" schreibt:

„.... Das Arbeitsfeld der Conferenz wird bei allem Bemühen, ihm von vornherein engere Schranken zu ziehen, doch ein ziemlich ausgedehntes und kaum nach allen Richtungen hin ein glattes. Die Action des Fürsten Bismarck erscheint gerade um deswillen als eine um so größer angelegte und folgewichtige, denn die Behauptung der englischen Presse, daß die aufgeworfenen Fragen längst gelöst seien, ist eine durchaus irrige. Nicht eine einzige dieser Fragen, weder principiellen, noch der concret-politischen, ist in dem Sinne gelöst, daß eine europäische Verständigung erzielt, ein internationales Rechtsbewußtsein geschaffen, eine internationale Rechtsregel fixirt worden wäre. Alles ist auf diesem Gebiete controvers, und wenn England aus dem schwankenden und widerspruchsvollen Zustande, der dadurch eingetreten, gewisse Vortheile gezogen hat, so ist das kein Grund für alle übrigen Staaten, einer Initiative des deutschen Reichskanzlers entgegenzutreten, die in ihren politischen und völkerrechtlichen Motiven so bedeutend ist als in ihren Zielen, und die für Deutschland über die Sphäre der europäischen Continentalinteressen hinaus die Bahn zu einer lebendigen und machtvollen Theilnahme an der Entscheidung der Weltinteressen gebrochen hat."

In demselben Sinne spricht die (alte) Wiener „Presse" sich aus. So bemerkt sie in einem längeren Artikel über die Aufgaben der Conferenz:

„.... Die Bestimmungen, welche auf der Conferenz in Betreff der internationalen Rechtsgültigkeit factischer Besitzergreifungen festgestellt werden sollen, haben den Zweck, solche Collisionen zu vermeiden und System in die Methode transoceanischer Annexionen zunächst an der Küste von Westafrika zu bringen. Damit soll Frictionen vorgebeugt werden, welche unter Umständen für das gute Einvernehmen der betheiligten Mächte, ja selbst für den Frieden bedrohlich werden könnten. Indem Fürst Bismarck so zunächst dafür Sorge trägt, daß dem deutschen Reiche aus seinem neuen Colonialbesitz keinerlei Störungen erwachsen, trägt er gleichzeitig auch Fürsorge, daß der Friede in Europa nicht von den Colonien her gefährdet werde; der Reichskanzler befolgt hier die gleiche Methode, die er mit so viel Glück und Erfolg auf dem europäischen Continente in Anwendung gebracht. Mit gutem Grund legen die der Regierung nahestehenden Berliner Blätter hierauf ein besonderes Gewicht und heben hervor, daß die deutsche Reichsregierung durch ihre Initiative zu der westafrikanischen Conferenz gleich von vornherein, in dem Augenblicke, in welchem Deutschland selbst in die Reihe der westafrikanischen Colonialmächte eingetreten sei und sich damit allerlei Anfeindungen und Anfechtungen ausgesetzt habe, auch die Mittel und Wege ergriffen, um die neu erworbenen Besitzungen im Schwarzen Welttheil gegen jede weitere Einmengung sicher zu stellen und denselben mit einem Schlage wenigstens über jene Gefahren hinwegzuhelfen, welche aus internationalen Streitigkeiten, aus Besitzstörungsklagen und Rivalitäten hätten erwachsen können. Die einfache Thatsache, daß es Deutschland ist, welches im Einverständnisse mit den übrigen Colonialmächten die Conferenz einberuft, daß dieselbe in Berlin und unter dem Vorsitze des deutschen Reichskanzlers tagen wird, stellt Deutschland kaum vier Monate, nachdem seine Flagge officiell in Westafrika aufgehißt worden, als eine der tonangebenden Colonialmächte in jenem Gebiete hin. Sie verleiht so indirect den neuen Erwerbungen eine internationale Sanction, welche sonst erst im Verlaufe der Jahre hätte erstritten und erkauft werden müssen. Hierin mag auch ein Hauptgrund liegen, weshalb man in England sich nur langsam und zögernd zur Beschickung der Conferenz entschließen will. In englischen Kreisen war man gewohnt und im Parlamente der Capcolonie ist dies im Verlaufe des heurigen Jahres wiederholt ausgesprochen worden, den ganzen Süden Afrikas bis hinauf zum Cap Frio einerseits und zur Delagoa-Bai andererseits, bis hinauf zu den portugiesischen Landmarken als britisches Hinterland zu betrachten, das gelegentlich zu annectiren sei. Mit dieser Prätension muß nun endgiltig abgeschlossen werden und es ist immerhin unangenehm, solche, wenn auch nur fictive Ansprüche ein- für allemal fallen lassen zu müssen ..."

* Dem Studentenputsch in Moskau ist nach nun vorliegenden Nachrichten nicht die Bedeutung beizulegen wie den Kiewer Unruhen. In Kiew betheiligten sich sämmtliche Studenten an den Unruhen — etwa 1500, die auch sammt und sonders relegirt wurden. In Moskau dagegen, wo etwa 3000 junge Leute studiren, haben nur ungefähr 100 wirkliche Studenten und zudem in ziemlich zaghafter Weise gelärmt. Sie beabsichtigten Herrn Katkow die Fensterscheiben einzuwerfen, wurden aber schnell von der bewaffneten Macht zu Paaren getrieben. Die „Katkow'sche Zeitung" schreibt über den Vorfall: „Am 14. October, um 2 Uhr Nachmittags, versammelten sich im Dolgorukow-Pereulok unmittelbar vor der Universität zahlreiche Studenten, Nichtstudenten und Frauenzimmer. Beim Erscheinen der Polizei zerstreute sich diese Masse rasch. An demselben Tage, um 8 Uhr Abends, versammelte sich auf dem Strastnoi-Boulevard ein Haufe, der aus einigen Studenten, einigen Dienern aus irgend einer Speise-Anstalt und aus anderem Gesindel in Begleitung einiger Frauenzimmer zweifelhaften Charakters, im Ganzen etwa aus 150 Personen, bestand. Der Haufen wurde sofort von der Polizei umringt, wollte die Flucht ergreifen, wurde aber von den Kosacken und Gendarmen zum Twerschen Thor hingedrängt. Eng eingeschlossen wurde die etwa 110 Personen zählende Schaar ins Gefängniß abgeführt. Die Frauenzimmer, welche das Publicum aufforderten, den „armen, verfolgten Studenten" beizustehen, wurden vom Haufen getrennt und flüchteten sich. Dies Alles geschah so rasch und so still, daß wir, die wir so nahe dem Orte waren, wo sich dieser Vorgang abspielte, nichts erfahren hätten, wenn nicht auf der Straße Steine, Flaschen und Todtschläger gefunden wären, welche die „Braven" hatten fallen lassen. Außerdem wurden auch einige hectographirte Proclamationen gefunden, in welchen diese „Ausländer" in starken Ausdrücken gegen die „russische Regierung" und gegen den „panrussischen Moloch" protestiren."

* In Albanien sind wieder einmal Unruhen ausgebrochen. In Prizrend ist es zwischen Türken und Serben zum Streit gekommen, bei welchem zwei der ersteren und vier der letzteren getödtet wurden; in Folge dessen sind acht Bataillone Nizams von Salonichi nach Prizrend beordert worden. Es heißt, daß der Widerstand der Bevölkerung gegen eine angeordnete Conscription den Ausbruch der Unruhen herbeigeführt habe. Nach anderen Darstellungen sollen die letzteren aber mehr oder weniger mit der in letzter Zeit wieder bemerkbar gewordenen Bewegung zur Erneuerung der albanesischen Liga zusammenhängen.

* Das Vermögen Frankreichs wurde vor zwanzig Jahren von dem Volkswirth und jetzigen Senator Wolowski auf 175 Milliarden Francs geschätzt. Seither haben mehrere andere Volkswirthe diese Ermittelungen fortgesetzt. 1868 gab Herr v. Mony das Vermögen Frankreichs auf 200 Milliarden an, wogegen der Herzog d'Ayen nur 195 Milliarden berechnete. Der Deputirte Bacher, welcher voriges Jahr einer der Berichterstatter des Budgets gewesen, geht dagegen, für 1883, bis auf 260 Milliarden. Ihm am nächsten kommt Aneline, Professor der Volkswirthschaft, mit 240 Milliarden. Herr von Foville, Professor an der Freien Schule der politischen Wissenschaften, giebt nun in dem Journal de la Société de statistique de Paris eine Uebersicht über alle bezüglichen Arbeiten, die er mit eigenen Ermittelungen und Zusammenstellungen erweitert. Das Schlußergebniß ist, daß er die Summe aller vererbbaren, liegenden und fahrenden Habe in Frankreich auf 245—250 Milliarden angiebt. Bei einer Einwohnerzahl von rund 37 Millionen kämen daher 6756 Frcs. Vermögen auf den Kopf, während anderweitig ein Einkommen von 500—525 Frcs. auf jeden Franzosen herausgerechnet worden ist.

* Ein dieser Tage in Madrid abgehaltener Ministerrath hat sich mit der Frage beschäftigt, welche Haltung Spanien auf der Congo-Conferenz einnehmen soll. Der König und mehrere Minister drückten die Meinung aus, daß Spanien seine Ansprüche in Bezug auf den Golf von Guinea und auf Marokko betonen müsse; der Ministerpräsident Canovas del Castillo aber hielt in Rücksicht auf den gegenwärtigen Zustand der financiellen Mittel und militairischen Kräfte dafür, daß Spanien sich in der auswärtigen Politik größere Zurückhaltung auferlege. Von einer Beschlußfassung verlautet nichts, doch wird vermuthlich die Anschauung des Ministerpräsidenten die Oberhand behalten haben.

* In Balmoral, dem gegenwärtigen Aufenthalt der Königin von England, wurde dieser Tage ein Ministerrath abgehalten, in welchem der Monarchin die anläßlich der bevorstehenden Parlamentseröffnung zu verlesende Thronrede unterbreitet wurde. — Die „Morning Post" will unterrichtet sein, das Auswärtige Amt sei am Sonnabend von Berlin benachrichtigt worden, daß Graf Münster mit einer mündlichen Beantwortung mehrerer von Lord Granville in seiner Note über die vorgeschlagene Conferenz gestellten Fragen betraut sei. Die „Morning Post" glaubt, die deutsche Regierung habe auf die wichtigste Frage erwidert, daß die Antwort nur von der Conferenz ertheilt werden könne.

* Der Zustand der englischen Marine ist noch immer Gegenstand der eifrigsten Erörterungen in der Presse. Neuerdings hat auch wieder der ehemalige Oberconstructeur der britischen Flotte, Sir E. Reed, sich in einer viele Spalten langen Einsendung an die „Times" zu dieser Angelegenheit geäußert; auf seine Behauptung hin, die britische Panzerflotte repräsentire 437,210 Tonnen, während die französische Panzerflotte 425,000, die italienische 127,000, die russische 105,000, die deutsche 104,000, die österreichische 60,400 Tonnen repräsentire, tritt die „Times" energisch für entsprechende Vermehrung der englischen Kriegsflotte ein und empfiehlt dem Admiralitäts-Collegium mit seinem Rücktritt zu drohen, falls das Schatzamt zögere oder sich weigere, die nöthigen Geldmittel zu bewilligen.

* Das transatlantische Kabel überbringt die Nachricht von einem auf den Präsidentschaftscandidaten der demokratischen Partei, Herrn Cleveland, in Albany gemachten persönlichen Angriff. Bei der Verwilderung des öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten gehören Angriffe auf Leib und Leben, welche oft um der geringfügigsten Ursachen willen in Scene gesetzt werden, zu den alltäglichen Vorkommnissen daselbst; gleichwohl ist man unwillkürlich geneigt, bei einem Anlaß wie der vorliegende, wo eine im Vordergrunde des Tagesinteresses stehende Persönlichkeit, welcher seit Monaten in der gegnerischen Parteipresse in zügelloser Weise zugesetzt wird, gewaltthätigen Insulten auf offener Straße verfällt, zunächst an eine parteipolitische Intrigue zu denken. Es soll der Masse der amerikanischen Wähler auf recht handgreifliche Weise demonstrirt werden, daß ein Mann, dessen privater Lebenswandel ihn öffentlichen Insulten preisgiebt, doch unmöglich die Eigenschaften besitzen könne, welche allein ihn zur Einnahme des höchsten Ehrenamtes der Union befähigen. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß bei amerikanischen Wahlcampagnen dem jesuitischen Grundsatze, wonach der Zweck die Mittel heiligt, die kühnste Auslegung und schrankenloseste Anwendung verliehen zu werden pflegt und daß jede Gelegenheit willkommen geheißen wird, welche Aussicht eröffnet, den Candidaten der Gegenpartei erfolgreich zu compromittiren. Diesen Zweck als Beweggrund des auf Cleveland gemachten Angriffs, aus welchem derselbe übrigens unverletzt hervorging, vorausgesetzt, so muß es um die Aussichten der Republikaner, trotz ihres Sieges in Ohio, sehr schlimm stehen. Eine Partei, die zu derartig desperaten Manövern ihre Zuflucht nehmen muß, gesteht damit indirect zu, daß sie daran verzweifelt, auf ordnungsmäßigem Wege zu siegen. Die Anhänger Blaine's dürften aber mit ihrer in Albany verübten Heldenthat das sinkende Schiff des republikanischen Tickets wohl kaum flott machen, am allerwenigsten wird es ihnen gelingen, Herrn Blaine das deutsche Votum zu sichern, nachdem Letzterer sich zum Champion der Temperenzler, der Carpetbagger, des Knownothingthums und verwandter, die finstersten Seiten des öffentlichen amerikanischen Lebens repräsentirenden Richtungen proclamirt hat.

## Auszug

### aus dem Protokolle über die Plenarsitzung des Rathes

### Vom 4. October 1884.*)

Die Stadtverordneten haben der Ertheilung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Leipzig an Herrn Prof. Dr. Fechner einhellig zugestimmt und ist demselben die Mittheilung hierüber durch die Herren Bürgermeister Dr. Tröndlin und Stadtrath Dr. Meißerschmied [?] am Tage seines goldenen Professorenjubiläums überbracht worden, wovon dem Collegium Kenntniß gegeben wird.

Die Stadtverordneten haben ferner auf die Vorlage betreffs der Erbauung eines Grassi-Museums beantragt, auch die Sammlungen des Vereins für die Geschichte Leipzigs in das Museum aufzunehmen, von Unterbringung eines Handelsmuseums in dasselbe aber abzusehen und das Museum auf dem Platze zu erbauen, auf welchem sich jetzt das Völkermuseum befindet unter Hinzunahme des Areals, auf welchem die Gebäude des Marstalles, der Krankenhausfiliale und das Predigerhaus sich befinden. Bezüglich der Aufnahme des Museums für Völkerkunde ist von den Stadtverordneten eine Modification beigefügt worden, im Uebrigen sind dieselben der Vorlage beigetreten. Die Sache ist der Deputation Grassi vorzulegen.

Nach Prüfung und Genehmigung der Abschlüsse über das Stammvermögen auf die Jahre 1881 und 1882 ist Justificationsschein auszufertigen.

Man beschließt hierauf, der Pferdebahngesellschaft aufzugeben, auf der Strecke von der Gasanstalt I bis zur Magdeburger Gleisanlage zwei Gleise zu legen und deshalb zunächst Detailzeichnungen einzureichen, sowie die Eutritzscher Straße neupflastern zu lassen und die Kosten in das Budget pro 1885 einzustellen.

Die Vollziehung eines zwischen den Zusammenlegungsinteressenten zu Gohlis mit der politischen Gemeinde abgeschlossenen Ueberlassungsvertrages wird genehmigt; es ist die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Der Straße M des südlichen Bebauungsplanes wird der Name „Kant-Straße", der Straße N der Name „Kaiserin Augusta-Straße" beigelegt.

Die Vornahme verschiedener Reparaturen in den zum Rittergute Lößnig gehörigen Häusern wird genehmigt. Wegen der Kosten ist mit den Stadtverordneten zu communiciren.

Die Gemeinde Plagwitz hat in Folge der mit ihr gepflogenen Verhandlungen sich erboten, zur Verbreiterung der Plagwitzer Brücke 10,000 Mark beizutragen und hierbei gebeten, diesen Betrag in drei Jahresraten zahlen zu dürfen. Man beschließt dies zu genehmigen, von den jeweiligen Resten 4% Zinsen zu fordern, im Uebrigen aber die Gemeinde von weiterer Beitragspflicht zu den Unterhaltungskosten zu befreien. Hierzu ist die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Letzteres beschließt man ebenso bezüglich der Ueberschreitung der für Räumung des Pleißenflußbettes bewilligten Kosten, sowie betreffs der Veränderung der Decke in der Speiseanstaltsküche im Georgenhause.

Die Herstellung der Thonrohrschleusen in der Gasanstalt II vergiebt man an den Mindestfordernden, ein Gesuch um Herabsetzung des Miethzinses für ein von der Stadtgemeinde ermiethetes Gewölbe lehnt man ab.

Die Stelle des verstorbenen Cassenboten bei der Stadtcasse überträgt man dem Rathsdiener Köhner.

Bei der Mittheilung bezüglich einer Stichrevision im Rathskarcer [?] bewendet es.

Die Unterstützung der Fachschule für Drechsler in Leipzig wird z. Z. abgelehnt.

Es wird weiter der Druck der Stadtverordnetenlisten an den Mindestfordernden vergeben.

Das Gesuch des Vorstandes des Droschkenvereins um Wiedereinführung der Bestimmungen des früheren Regulativs betreffs der Fahrtaxen von und nach den Bahnhöfen, sowie um Erhöhung der im 2. Absatze der Fahrtaxe I vorgeschriebenen Sätze wird im Allgemeinen nach den Vorschlägen der Deputation genehmigt. Hierbei wird die Beseitigung der Fähnchen beschlossen.

### Vom 7. October 1884.*)

Es wird in der Berathung des Budgets pro 1885 fortgefahren. Erledigt werden die Conten 14. Marstall, 15. Branntwein, 16. Rittergut Taucha, 17. Rittergut Graßdorf mit Sradefeld und Portitz, 18. Rittergut Kannersdorf mit Panitzsch, 19. Rittergut Lößnig, 20. Klostergut Connewitz, 21. Gut Thonberg, 23. Rittergut Stötteritz unteren Theils, 24. Waldungen, 26. Wiesen und Triften, 27. Jagden und Fischerei, 30. Aichamt und Münzwesen, 45. Stadtanleihen, ferner die Conten Bezirksvermögen, Schuldausfonds, Rathhausbaufonds und die Specialbudgets Thomasschule, Nicolaischule, Realgymnasium, Realschule, Höhere Schule für Mädchen, Gewerbschule, Städtisches Krankenhaus zu St. Jacob, Aichamt, Lagerhof, Leihhaus und Sparcasse.

### Vom 8. October 1884.

Die Stadtverordneten haben der Vorlage betreffs der Herstellung der Fußwege vor dem städtischen Grundstück zwischen dem pathologischen Institut und der ehemaligen Bayerischen Verbindungsbahn zugestimmt und ist die Sache nunmehr auszuführen.

Dieselben haben ferner zu der zweigleisigen Anlegung der Pferdeeisenbahn von der II. Bürgerschule bis an Tichermann's Haus Zustimmung ertheilt und ist der Gesellschaft Eröffnung zu machen.

Weiter haben die Stadtverordneten mit der Verwandlung der Korn- und Holzdeputate für die Pfarrer zu St. Jacob und St. Georg in feste Bezüge sich einverstanden erklärt. Es ist das Erforderliche hierauf zu verfügen.

Es wird hierauf in Folge einer Eingabe des landwirthschaftlichen Kreisvereins darüber berathen, ob in Berücksichtigung des von dem Kreisvereine an den Rath gerichteten Wunsches die Wollbude zu den Wollmärkten wieder aufgebaut werden solle. Nach längerer Debatte hierüber beschließt man mit Stimmenmehrheit, von dem Wiederaufbau abzusehen.

Für nothwendige Herstellungen im Restaurationsgebäude des Gohliser Mühlengrundstücks werden die Kosten vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten bewilligt.

### Vom 11. October 1884.**)

Herr Prof. Dr. Fechner hat für die Ertheilung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Leipzig an den Rath ein Dankschreiben gerichtet, welches zur Kenntniß genommen wird und den Stadtverordneten abschriftlich mitzutheilen ist.

Letztere haben zugestimmt a. der Anschaffung eines neuen Dampfkessels für das Georgenhaus und der Herstellung baulicher Reparaturen daselbst. Es ist dies auszuführen und Verordnung zu erlassen. b. Der Vorlage betreffs der feuersicheren Abtrennung des Hauptgebäudes des Neuen Theaters von den Nebenräumen, jedoch unter Ablehnung zweier Positionen des Kostenanschlags und Abminderung der Kosten von 8000 ℳ auf 7280 ℳ, sowie mit dem Antrage, die Benutzung der Räume über der Haupttreppe auf der Ostseite des Theaters als Schlafräume zu verbieten. Bezüglich der einen Position beschließt man zu remonstriren, im Uebrigen faßt man Beruhigung. Es ist die Sache wegen des gestellten Antrages dem Stadtbezirksarzte und dem Bauamte bez. der Baudeputation vorzulegen. c. Dem Erlaß einer von dem Unternehmer Herrn Kulbrich [?] bei Herstellung eines Theiles der Kochstraße zc. verwirkten Conventionalstrafe. Es ist demselben Eröffnung zu machen und der zurückbehaltene Betrag auszuzahlen. d. Der Einstellung einer Mehrausgabe und Einnahme auf Conto 28. Steinbruch bei Graßdorf. Es ist der Stadtcasse und der Tiefbauverwaltung Kenntniß zu geben. e. Der Erbauung eines Arbeiterhauses auf dem Rittergute Cunnersdorf, jedoch unter der Bedingung, daß Submission ausgeschrieben werde, bez. unter Vorbehalt der durch dieselbe zu erlangenden Ersparnisse. Es ist der Bedingung zu entsprechen, die Sache auszuführen und Verordnung zu erlassen.

Dagegen haben die Stadtverordneten das Project bezüglich des Abbruchs und Neuaufbaues der Turnhalle der Nicolaischule abgelehnt und neue Vorlage erbeten mit dem Antrage, die Turnhalle auf der Südseite des Hofes zu erbauen, von einem Verbindungsgange abzusehen und das alte Material bei dem Neubaue zu verwenden. Die Sache ist den Deputationen für die höheren Schulen und der Baudeputation vorzulegen.

Man bestimmt hierauf für den Bau der IX. Bezirksschule einen Block an der alten Elster und genehmigt die von der Deputation bezüglich der Straßenherstellung gestellten Anträge, sowie ein Abkommen mit einem Adjacenten. Es ist hierzu die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Das Gesuch des Zauberkünstlers Bosch, noch bis zum 26. l. M. Vorstellungen geben zu dürfen, wird genehmigt.

Als zweiten Lehrer der Vierer'schen Blindenanstalt wählt man den z. Z. bei der VII. Bezirksschule vicarirenden Lehrer Herrn Görner.

Vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten beschließt man einen Arealaustausch mit Herrn Häßler, ferner die Gewährung einer Vergütung an Herrn Baum für bei Schlemmung der Pleiße entstandene, unvorhergesehene Arbeiten, weiter die Vornahme verschiedener Herstellungen in den von der Leipziger Discontogesellschaft ermietheten Räumen und bewilligt jedoch die durch die beabsichtigte Verlegung der IV. Polizeibezirkswache entstehenden Mehrkosten.

Nach dem Berichte des Rathsgärtners ist ein großer Theil der Bäume auf der Dresdner Straße stark beschädigt und die Bepflanzung derselben unvortheilhaft. Nach längerer Debatte beschließt man die Neubepflanzung der Straße in einer Baumart, und zwar mit Platanen. Es ist mit den Stadtverordneten zu communiciren.

Den Anträgen des gemischten Gasausschusses bezüglich des Fußbodenbelags im Retortenhause der Gasanstalt II mit Granit- bez. Eisenklinkerplatten und der Vergebung der Arbeiten tritt man bei.

Für die am neuen Concerthause herzustellenden Gartenanlagen liegen drei Pläne vor. Man genehmigt vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten den einen Plan des Rathsgärtners und bewilligt die Kosten mit 9000 ℳ a conto des botanischen Gartens, mit 1192 a conto der Wasserleitung.

### Vom 15. October 1884.***)

Die Stadtverordneten haben auf die Vorlage betreffs des Parcellirungsplanes und der Bauvorschriften für das zwischen der Pfaffendorfer, Nord- und Löhrstraße, sowie dem Staatsgymnasium gelegene städtische Areal und den Verkauf einer Parcelle an der Löhrstraße verschiedene Anträge gestellt, welche an die Baudeputation und Straßenbaudeputation verwiesen werden.

Dieselben haben ferner die bei der Genehmigung zu Legung des Gashauptrohres für die Gasanstalt II auf der Bayerischen Straße von ihnen gestellte Bedingung fallen gelassen und ist die Sache nunmehr auszuführen.

Weiter haben die Stadtverordneten die Wahl der Mitglieder in den gemischten Ausschuß für die Stadtverordnetenwahlen vorgenommen. Es ist den Gewählten Mittheilung zu machen.

Dieselben haben beantragt, das Statut, die Beamtenverhältnisse betr., und ferner das Regulativ betreffs der Tagegelder zc., zu welchen von den Ausschüssen verschiedene Anträge gestellt worden.

*) Eingegangen bei der Redaction am 10. October.

*) Eingegangen bei der Redaction am 11. October.
**) Eingegangen bei der Redaction den 18. October.
***) Eingegangen bei der Redaction am 19. October.